

Titel Besuch der LpB an Schulen verpflichtend einführen

AntragstellerInnen Jusos Ortenau

Zur Weiterleitung an

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

Besuch der LpB an Schulen verpflichtend einführen

1 Die Jusos fordern, den Besuch der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) an un-
2 seren Schulen in Baden-Württemberg verpflichtend einzuführen. Der Besuch bei den
3 Schülerinnen und Schülern durch von der LpB geschulte Angestellte sollte in allen Schul-
4 formen im vorletzten Jahr vor dem Abschluss Vorgabe sein. Die Form und Dauer des
5 Besuchs sollte dasselbe Ausmaß haben wie die bisherigen freiwilligen und auf Wunsch
6 der Lehrkräfte basierenden Besuche auch. Im Rahmen eines Unterrichtstages setzen
7 sich die Schüler mit den mitgebrachten Themen auseinander, meist in Form eines Plan-
8 spiels.

9 Um dieses ambitionierte Ziel erreichen zu können, fordern wir deshalb, die LpB ausrei-
10 chend zu stärken. Zunächst muss dies passieren, indem die Landeszentrale für politi-
11 sche Bildung genug neue Stellen schafft, um ein solches Mehr an Besuchen leisten zu
12 können. Um die Schulung, die Mehrzahl an Angestellten und dann die Besuche in der
13 vorgestellten Form leisten zu können, muss die Landesregierung der Landeszentrale für
14 politische Bildung zwingend mehr finanzielle Mittel im Haushalt zur Verfügung stellen.

15 *Begründung*

16 Begründung:

17 Nach wie vor hat die politische Bildung an den Schulen in Baden-Württemberg nicht die
18 Form, die wir als politische Partei uns als Ziel setzen sollten. Gesellschaftswissenschaft-
19 ten erfahren nach der neuen Reform an den Gymnasien zum Beispiel nochmals eine
20 Schwächung.

21 Gerade neue und kreative Formen zu nutzen, um sich politischen und gesellschaftli-
22 chen Sachverhalten anzunähern, ist bei Kindern und Jugendlichen wirksamer als der
23 reine Appell für ein Mehrinteresse. Die Besuche der Landeszentrale für politische Bil-
24 dung sind genau dieser kreative Weg, sich, beispielsweise durch politische Planspiele,
25 mit der Politik und Gesellschaft auseinanderzusetzen. Die eigens dafür geschulten Mit-
26 arbeiter/innen der LpB haben einen anderen Zugang zu den Schülerinnen und Schülern.

- 27 Außerdem müssen die Lehrerinnen und Lehrer nicht zusätzlichen Aufwand betreiben,
28 um solche Tage vorzubereiten, wenn die Landeszentrale ihre eigenen Leute dafür an die
29 Schulen entsendet.
- 30 Ein verpflichtender Besuch in jeder Klasse, egal in welcher Schulform, würde dafür sor-
31 gen, dass man die Besuche nicht davon abhängig macht, ob der Lehrer motiviert und
32 engagiert ist oder gerade Zeit dafür findet. Man würde die Schulen verpflichten, den
33 Schülerinnen und Schülern ein größeres Angebot an politischer Bildung bereitzustel-
34 len. Die Landeszentrale ist dafür, da Bildung nach wie vor Ländersache ist, das richtige
35 Instrument.
- 36 Die Besuche sind sicherlich auch ein Anstoß, sich mit den angesprochenen Themen auch
37 außerhalb der Besuche im Unterricht der Gesellschaftswissenschaften auseinanderzu-
38 setzen.
- 39 Der Zeitpunkt (vorletztes Jahr vor dem Schulabschluss) erscheint deshalb sinnvoll, weil
40 den Kindern ab der achten Schulklasse die Fähigkeit zugeschrieben werden kann, sich
41 vollumfänglich mit gesellschaftlichen und politischen Prozessen auseinanderzusetzen.
42 Die Bildungspläne sehen dies vor – ein Mehr an (zeitlichen) Ressourcen ist aber ein Muss,
43 um dem dort formulierten Anspruch gerecht zu werden.
- 44 Uns als politischer Jugendorganisation sollte unbedingt daran gelegen sein, die gesell-
45 schaftswissenschaftliche Bildung an den Schulen auszuweiten. Dafür ist eine Stärkung
46 der dafür vorgesehenen Schulfächer nötig, aber auch der besonderen Angebote, wie
47 die Besuche der LpB es sind.